

Bildung & Arbeit für alle!



herausgegeben von der Stuttgarter SAV

SAV

**Sozialistische
Alternative**

☎ (0711)
601 90 90
www.sozialismus.info

In keinem anderen Industrieland entscheidet die soziale Herkunft so stark über den Zugang zu Bildung wie in Deutschland...

Das ergab die jüngste PISA-Studie. Und wie reagieren die Politiker der etablierten Parteien darauf? Sie kürzen weiter bei der Bildung, erhöhen den Druck an Schulen und Hochschulen und führen obendrein noch Studiengebühren ein. Ab dem Sommersemester 2007 sollen es in Baden-Württemberg 500 Euro pro Semester sein. Überall wo Studiengebühren eingeführt wurden, zeigt sich, dass sie ständig erhöht werden.

Die baden-württembergische Landesregierung behauptet, sie würde Härtefälle bei Studiengebühren ausnehmen. Ausgenommen werden aber „*besonders Begabte*“ oder solche mit einer „*herausragende Leistung*“. Das öffnet der Willkür Tür und Tor und bevorzugt die Elite. Ausnahmen für Studierende aus kinderreichen Familien, mit eigenen Kindern oder mit Behinderungen wurden von Kann-Bestimmungen in Soll-Bestimmungen verwandelt. Soll-Bestimmungen sind aber keine Muss-Bestimmungen. Wer über 40 ist und noch studieren will, bekommt keinen Kredit mehr. Auch Bafög-EmpfängerInnen müssen Studiengebühren bezahlen. Es wird sogar schon diskutiert, das Bafög ganz abzuschaffen und nur noch verzinste Studienkredite zu vergeben. Angeblich soll das Geld, das über Studiengebühren eingenommen wird, nur für die Verbesserung von Studium und Lehre verwendet werden.



den. Gleichzeitig geht aber die Schließung von Instituten und Fachbereichen, die Streichung von Seminaren und Veranstaltungen weiter. Viele Vorlesungen sind völlig überfüllt. Die Bibliotheken haben kaum mehr Geld um Zeitschriften und Bücher zu bestellen. Durch die Studiengebühren erwartet das Land Einnahmen von 180 Millionen Euro. Das sind

Wusstest du schon...

...dass 80 Prozent der Bevölkerung der Meinung sind, Studiengebühren benachteiligen insbesondere Studierende aus finanziell schlechter gestellten Familien.

...dass nach einer Erhebung der Studentenwerke ein Viertel der zwei Millionen Studierenden in Deutschland weniger als 600 Euro im Monat zur Verfügung haben.

...dass 1981 noch 1,27 Millionen SchülerInnen und Studierende Bafög bekamen und im Jahr 2002 nur noch 723.000. Von den Bafög-Empfängern unter den Studierenden erhielten nur 37,4 Prozent den Höchstsatz von 585 Euro (einschließlich Wohn- und Krankenkassenzuschuss).

...dass Bund und Länder für Bafög im Jahr 2002 rund 1,94 Milliarden Euro ausgaben. Davon 1,35 Mrd. Euro für Studierende und 592 Mio Euro für Schüler. Zum Vergleich: für die Anschaffung von 180 Eurofightern plant die Bundesregierung die Verschwendung von 21 Mrd Euro Steuergelder.

...dass laut einer Studie der Kultusministerkonferenz im Wintersemester 2004/05 die Zahl der Studienanfänger um 5,5 Prozent zurückgegangen ist und dass ein Grund dafür die geplante Einführung von Studiengebühren ist. Bei einer Umfrage unter AbiturientInnen, die eine Ausbildung machen, gaben 22 Prozent Studiengebühren als Grund an, warum sie nicht studieren.

...dass in Deutschland im Jahr 2002 35 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 51 Prozent. In Australien sind es 77 Prozent und in Schweden 75 Prozent.

...dass in Österreich nach Einführung von Studiengebühren im Wintersemester 2001/2 von 726 Euro die Zahl der Neumatrikulierten um 16 Prozent zurückging, nachdem sie zuvor drei Jahre lang um acht Prozent gestiegen ist.

...dass weltweit 1.000 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben werden und weniger als zehn Prozent davon ausreichen würden, jedem Kind auf der Welt eine Grundschulausbildung zu finanzieren.

zehn Prozent des gesamten Hochschul Etats von 1,9 Milliarden Euro. Bei den verschiedenen Töpfen und Budgets, die es bei der Hochschulfinanzierung gibt, ist es ein Leichtes, die Gelder aus Studiengebühren in einen Topf zu werfen und bei einem anderen Gelder abzuziehen.

Der Vorsitzende der baden-württembergischen Landesrektorenkonferenz Schaich schätzt, dass 40 Prozent der Studiengebühren allein für die bürokratische Abwicklung und die Absicherung der Kredite draufgehen. Landespolitiker kommen mit dem demagogischen Argument, die Aldi-Verkäuferin solle mit ihren Steuern nicht die Karriere der Akademiker finanzieren. Wir meinen: die Steuern der Aldi-Verkäufer sollen dafür eingesetzt werden, dass ihre Kinder eine gute Schulausbildung bekommen und kostenlos studieren können. Sie soll nicht die Steuersenkungen für die Reichen und die Verschwendung von öffentlichen Geldern für unnütze Projekte wie die neue Messe auf den Fildern oder Stuttgart 21 finanzieren. In einem Eckpunktepapier des baden-württembergischen Wissenschaftsministers Peter Frankenberg heißt es: *„Studiengebühren tragen zu einer Qualitätssteigerung von Lehre und Studium bei, indem der Wert der Hochschulausbildung wieder mehr ins Bewusstsein der Studierenden und der Lehrenden rückt. Gleichzeitig wird ihnen durch die Bezahlung die Werthaltigkeit des Studiums bewusst, was zu einem effizienteren Studierverhalten und damit zu einer ökonomischeren Inanspruchnahme der Bildungsressourcen führt.“*

Hier wird das Bild gezeichnet, von Studierenden und DozentInnen, die sich auf Kosten der Gesellschaft ein schönes Leben machen und die man mit Studiengebühren auf Trab bringen müsse. Die Wirklichkeit auf dem Campus ist eine ganz andere. Der Druck für Studierende und Beschäftigte an den Unis ist heute enorm. zwei Millionen Studierende drängen sich auf Unis, die für weniger als eine Million ausgelegt sind. An den Unis werden zusätzliche Prüfungen eingeführt wie die Orientierungsprüfung nach dem zweiten Semester. Bestehende Prüfungen werden verschärft. Obendrein hat sich die soziale Lage der Studierenden stark

verschlechtert. Bei der Einführung des Bafög erhielten 45 Prozent der Studierenden Bafög. Heute sind es gerade mal um die 25 Prozent. Zwei Drittel der Studierenden müssen heute nebenher in immer schlechter bezahlten Jobs arbeiten, um über die Runden zu kommen.

Da sie für ihr Studium länger brauchen, werden sie durch die Studiengebühren doppelt bestraft. Wie viele einkommensschwache Bevölkerungsschichten sind Studierende Opfer von viel zu hohen Mieten, Energie- und Fahrpreisen.

Bisher erhielten Eltern mit Kindern in Ausbildung bis zu deren 27. Lebensjahr Kindergeld. Die Große Koalition in Berlin hat beschlossen, die Altersgrenze auf 25 zu senken. Auch die geplante Mehrwertsteuererhöhung wird die Studierenden besonders treffen. Nach Berechnungen des Bundesbildungsministeriums braucht ein Studierender im Monat im Durchschnitt 694 Euro zum Leben, mit den 500 Euro Studiengebühren pro Semester brauchen wir 83 Euro mehr im Monat. Der bayrische Wissenschaftsminister hat gefordert zur Finanzierung der Gebühren *„für 100 Euro im Monat auf etwas zu verzichten“*. Auf was bitte verzichten, bei einem Leben um das Existenzminimum.

Das Argument, dass alle Hochschulabgänger später gut bezahlte Jobs bekommen ist ein Märchen. Hunderttausende von ausgebildeten LehrerInnen, IngenieurInnen und AkademikerInnen fast aller Fachrichtungen sind heute arbeitslos, in schlecht bezahlten Jobs unterhalb ihrer Qualifikation, in Ein-Euro-Jobs beschäftigt oder sogar ganz ohne Bezahlung. Es ist bereits die Rede von der *„Generation Praktikum“*. Das sind die ungefähr 10.000 Hochschulabsolventen, die völlig unterbezahlt und als Praktika getarnt bis zu sechs zeitlich befristete qualifizierte Jobs ausführen. Sie ersetzen dabei reguläre Arbeitsplätze. Für Studierende, die nicht gleich einen gut bezahlten Job kriegen, sind die Studiengebühren besonders hart: Sie können erst Jahre später mit dem Zurückzahlen des Kredits beginnen, in der Zwischenzeit schwillt die Verschuldung durch Zins und Zinseszins immer mehr an.

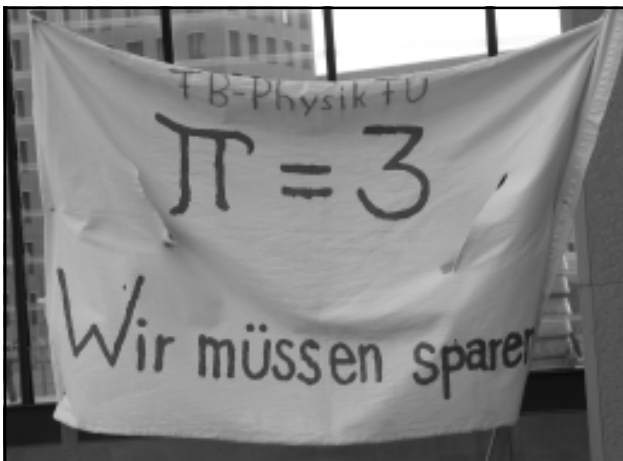
Unsere Schulden – Profite für die Banken

Wir sollen damit beschwichtigt werden, dass Studierende ohne reiche Eltern die Gebühren auf Kredit finanzieren können. Wer also kein Geld hat, soll obendrauf noch Zinsen bezahlen. Die Banken stehen dafür schon in den Startlöchern. Sie wollen Kredite mit marktüblichen Zinsen an die Studierenden vergeben. Geplant ist eine jährliche Verzinsung von 5,9 Prozent bis 9,9 Prozent. Weil aber Banker und Politiker davon ausgehen, dass in anbetracht der Arbeitslosigkeit bis zu 20 Prozent der Hochschulabgänger später keinen gut bezahlten Job bekommen und die Kredite gar nicht zurückzahlen können, will das Land das Kreditrisiko für die Banken übernehmen. Ein Teil der Studiengebühren geht alleine für diese Bürgschaft für die Banken drauf. Die Protestzeitung *„Andererseits“* an der Uni Stuttgart hat errechnet, dass man im Extremfall nach einem zehn-semesterigen Studium mit satten 48.000 Euro (800 Euro in 60 Monaten)

bei den Banken in der Kreide steht. Zins und Zinseszins noch nicht eingerechnet. Andere Berechnungen von Banken gehen sogar von Schulden von bis zu 90.000 Euro aufgrund von Studiengebühren aus. Für Studierende, die Bafög erhalten, wird es besonders abschreckend, wenn der Turm der BaFög-Schulden durch die Schulden aus Studiengebühren erhöht wird. Die ganze Studienzeit wird dadurch von einer existentiellen Angst belastet. Studiengebühren sind ein weiterer Schritt in Richtung Privatisierung und Kommerzialisierung staatlicher Aufgaben. Erst werden die öffentlichen Kassen durch Steuersenkungen für die Reichen geplündert. In der zweiten Runde verdienen diese Reiche an den Staats- und Studienkrediten, indem sie Ihr Geld bei den Banken anlegen und die Banken Kredite vergeben, für die sie horrenden Zinsen kassieren. Die öffentliche Armut ist die Kehrseite des privaten Reichtums.

Auslese von der Grundschule an

Auch an den Schulen haben sich die Lernbedingungen in den letzten Jahren verschlechtert. Zu wenige Lehrer, zu große Klassen, Unterrichtsausfall prägen den Schulalltag. Am schlimmsten trifft es dabei die Berufsschulen. Hier fallen in Baden Württemberg 5,3 Prozent des Unterrichts aus, weil 800 LehrerInnen fehlen. In allen Schularten fehlt es an Lernmitteln. Viele sind total veraltet. Förderunterricht fällt immer mehr dem Rotstift zum Opfer. Kinder aus Migrantenfamilien werden mit Sprachproblemen alleine bzw. völlig überforderten LehrerInnen überlassen. Kommerzieller Nachhilfeunterricht ist inzwischen ein profitabler Markt geworden. Jede Woche geben Eltern bundesweit über 15 Millionen Euro für Nachhilfe aus. Schulgebäude sind in einem miserablen Zustand. Sie strahlen keine Wohlwollenden Bunkeratmosphäre aus. Der Putz fällt von der Decke, die Fenster sind undicht. Wenn die Eltern in ihrer Freizeit nicht selbst Hand anlegen, sieht so manche Wand keine frische Farbe mehr. Wenn man Glück hat, macht die Kommune gerade noch das Geld locker für die Farbe. Die Pausenhöfe sind zu klein und kinderfeindlich. Die reformierte Oberstufe mit ihren Wahlmöglichkeiten wurde wieder abgeschafft und die Zahl der Prüfungsfächer fürs Abitur erhöht. Die Auslese wird dadurch enorm erhöht. Für Baden Württemberg hat die PISA-Studie ergeben, dass ein Facharbeiterkind eine viermal schlechtere Chance hat ein Gymnasium zu besuchen als ein Akademikerkind. Mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums wird die Selektion auf die Spitze getrieben. elfjährige sitzen bis zu 45 Stunden in der Woche auf der Schulbank beziehungsweise über den Hausaufgaben und haben keine Zeit mehr haben für Haustiere, Musik, Sport oder andere Freizeit. Der Schulstress klaut den GymnasiastInnen regelrecht die Kindheit. Kinder, deren Eltern keine Zeit haben, ihre Kinder ausreichend zu begleiten und zu unterstützen haben keine Chance mehr. An allen Schulen nimmt die Gewalt zu. Wen wundert das? In dem System von Auslese und Konkurrenz trifft es die HauptschülerInnen am Härtesten. *„Die gefühlte Chancenarmut bei den Schülern ist groß. Schon Fünftklässler sagen: Was soll das, ich hab doch eh keine Chance.“* So die Rektorin der Heumadener Hauptschule gegenüber der Stuttgarter Zeitung am 10. November 05. Ein Viertel der HauptschülerInnen dieser Schule kommen aus Migrantenfamilien. Dass die Landesregierung diese SchülerInnen völlig abgeschrieben hat, zeigt auch die Tatsache, dass die Landesregierung den Zuschuss zur Finan-



zierung der Sozialarbeiterstelle auf Ende des Jahres 2005 einstellt. Die Ganztagschulen sind nichts anderes als eine billige Aufbewahrung der Kinder unter völlig inakzeptablen Bedingungen. Die Eltern werden vor die Alternative gestellt, ob sie ihren Sprösslingen zu Hause das Essen kochen und bei den Hausaufgaben helfen oder ehrenamtlich in der Schule die Mensa mitbetreiben oder HilfslehrerInnen in der Schule spielen. Schulküchen, Arbeitsgemeinschaften, Ausflüge hängen ab von der unbezahlten, sogenannten ehrenamtlichen Arbeit von Eltern und Großeltern.

Albert Einstein: „Fort mit der Reifeprüfung“

Im Jahr 1917 veröffentlichte Albert Einstein einen Artikel mit der Überschrift „Der Angsttraum“. Er endet mit der Forderung die Reifeprüfung abzuschaffen. Einstein begründet dies wie folgt:

„Für unnütze halte ich (die Reifeprüfung), weil die Lehrerschaft einer Schule die Reife eines jungen Mannes, der die Schule mehrere Jahre besucht hat, ohne Zweifel wird beurteilen können. ... Für schädlich halte ich (sie) aus zwei Gründen. Da sind zum einen die Examensangst und die große Menge des gedächtnismäßig zu assimilierenden Stoffes, die beide Schaden für die Gesundheit vieler junger Menschen mit sich bringen. Und da ist zum zweiten der Tatbestand, dass die bevorstehende Reifeprüfung das Niveau des Unterrichts in den letzten Schuljahren herabsetzt. Statt sich mit der Sache zu beschäftigen, konzentrieren sich die Lehrer auf die äußerliche Abrichtung der Schüler. Statt sich um eine Vertiefung des Stoffes zu bemühen, kümmert man sich um den äußerlichen Drill der Klasse, der der Klasse vor den Examinatoren einen gewissen Glanz verleihen soll.“

Jugend ohne Ausbildung und Job

Während einerseits die Möglichkeiten Abitur zu machen für immer mehr SchülerInnen verbaut werden, gibt es gleichzeitig immer weniger Ausbildungsplätze.

Nur noch ein Viertel aller Betriebe bilden aus. Ende September 2005 hatten die Betriebe 422.000 Ausbildungsplätze für 740.000 Lehrstellensuchende angeboten. In Zeiten in denen die Unternehmer massenweise Arbeitsplätze vernichten und kaum mehr jemand eingestellt wird, lohnt es sich aus ihrer Sicht nicht mehr Lehrlinge auszubilden.

Die Allianz-Versicherung hat 2004 mit 3,5 Milliarden Euro den vierthöchsten Jahresüberschuss aller deutschen Unternehmen verbucht. Trotzdem hat der Konzern 2005 ein Drittel aller Ausbildungsplätze gestrichen. Die Dax-Industriekonzerne haben im Jahr 2004 ihre Gewinne um 16 Prozent gesteigert und gleichzeitig 8.000 Ausbildungsplätze vernichtet. DaimlerChrysler will die Zahl der Lehrstellen um 20 Prozent oder 580 Plätze reduzieren und gleichzeitig die Ausbildungen auf Schmalspurausbildung, sprich auf Abrichtung auf stupide Fließbandarbeit reduzieren.

Der Chef der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK), Braun – der selbst ein Vermögen von 3,6 Milliarden Euro sein eigen nennt – hat einen Vorstoß gemacht, die Ausbildungsvergütung auf 270 Euro im Monat zu reduzieren.

Auszubildende werden immer weniger übernommen. Eine Million Jugendlicher unter 25 sind entweder arbeitslos (600.000) oder hängen ohne Perspektive in irgendwelchen Warteschleifen sogenannter berufsvorbereitender Maßnahmen (400.000). Jugendliche unter 25 Jahren, die in Hartz IV gelandet sind, müssen jede zumutbare Arbeit und jeden Ein-Euro-Job annehmen, sonst bekommen sie jegliche Leistungen gestrichen.



"Die Schule konnte Euch nur nur vorbereiten, den Schritt ins Leben müßt Ihr nun selber tun!"

Die Große Koalition will Hartz IV für Jugendliche noch weiter verschärfen. Wer von zu Hause ausziehen will, muss sich dafür erst die Genehmigung der Arbeitsagentur einholen.

Demokratie statt staatliche Repression

Die Angst einer neuen 68er Bewegung geht unter den Herrschenden um.

Um diese Bewegung im Keim zu bekämpfen, werden Zivilpolizisten an die Unis geschickt, um die Szene zu beobachten.

In Hamburg kam es zu einem brutalen Polizeieinsatz gegen Studierende, die den Verkehr lahm legten und die Uni blockierten. Schlagstöcke und Wasserwerfer wurden eingesetzt. 41 Studierende wurden wegen des Verdachts der Nötigung von der Polizei festgenommen. In Berlin wurde im Sommer diesen Jahres das Studierendencamp „*Summer of Resistance*“ von einer Hundertschaft der Polizei gestürmt.

Auch gegenüber streikenden Arbeitern, AntifaschistInnen und AktivistInnen der Linken gab es in den letzten Monaten eine neue Qualität von staatlicher Repression und von Polizeieinsätzen.

Als das kapitalistische System in der BRD durch die ökonomische und politische Krise Ende der 60er Jahre ernsthaft herausgefordert wurde, verabschiedete die damalige Große Koalition die Notstandsgesetze. Die jetzige Große Koalition könnte sie zum ersten mal anwenden. Denn die Klassenausinandersetzungen werden in den nächsten Jahren eine bisher nicht gekannte Härte annehmen. Darauf stellen sich die Herrschenden mit ihren repressiven Maßnahmen ein.

In der heutigen Gesellschaft beschränkt sich Demokratie darauf, alle paar Jahre ein Kreuz auf dem Stimmzettel zu machen. Die gewählten Abgeordneten sind nicht ihren Wählern verpflichtet. Die Parlamente selbst haben nur eine begrenzte Möglichkeit von Einflussnahme auf die Regierung und können den Staatsapparat kaum kontrollieren.

Die eigentlich wichtigen Entscheidungen für die Gesellschaft fallen in den Chefetagen der Konzerne und Banken – ohne jegliche gesellschaftliche Kontrolle. Schule und Uni sollen uns daran gewöhnen, dass oben bestimmt wird, was unten gemacht wird. Schüler- und Studierendenvertretungen haben keine echte Mitbestimmung. Sie sind Alibi-Einrichtungen.

Die heutige Scheindemokratie muss abgelöst werden durch echte Demokratie, eine Rätedemokratie.

Auf allen Ebenen der Gesellschaft, in Schule, Betrieb, Uni müssen demokratisch gewählte Gremien aufgebaut werden, die lokal, regional und bundesweit vernetzt sind. Alle demokratisch gewählten Vertreter in Leitungsgremien sind jederzeit rechenschaftspflichtig und abwählbar. Sie dürfen nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn.

Erst durch eine solche demokratische Mitwirkung jedes Mitglieds der Gesellschaft kann die schöpferische Energie des menschlichen Individuums erstmals voll zum Zug kommen.

Stoppt die neoliberale Globalisierung von Bildung

Die Globalisierung sollte Frieden, Wohlstand und Demokratie in der Welt verbreiten. In Wirklichkeit globalisiert sie Kriege, Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit, Armut und Elend. Drei Milliarden Menschen, das ist die Hälfte der Weltbevölkerung, hat weniger als zwei Dollar am Tag zum Leben. 771 Millionen erwachsene Menschen sind laut Weltbildungsreport 2006 der UNESCO Analphabeten.

Die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass im Jahr 2005 fast 250 Millionen Kinder zwischen fünf und siebzehn Jahren arbeiten müssen und 100 Millionen von ihnen noch nie eine Schule von innen gesehen haben. Kinder werden als Kanonenfutter in Kriegen, als Drogenkuriere, Prostituierte und Sklaven ausgebeutet und missbraucht. In vielen Ländern gibt es Schulgebühren, die Kindern aus armen Familien den Zugang zur Schulbildung verbauen.

In den Industrieländern hat sich die Arbeiterbewegung im letzten Jahrhundert staatliche Bildungseinrichtungen und den freien Zugang zu Schulen und Universitäten erkämpft. In einer Zeit als der Kapitalismus im Aufschwung war, hatte er selbst Interesse daran Arbeitskräfte zu qualifizieren und machte Geld locker für Schul- und Hochschulausbildung. Heute rentiert sich vom Standpunkt der Unternehmer das erreichte Niveau an Bildung nicht mehr, weil er immer weniger qualifizierte Kräfte braucht. Und wenn er sie braucht, kann er die Produktion da hin verlagern wo er sie billig bekommt. Oder er kauft sich Akademiker zu einem Spottpreis auf dem Weltmarkt ein und beschäftigt sie da wo sie ihm die höchste Rendite bringen. Gleichzeitig sehen die Banken und Konzerne den Bildungsbereich als Markt, aus dem sie Profit schlagen können. Dies ist der Hintergrund für den Systemwechsel bei der Bildung in Richtung Privatisierung, Kommerzialisierung und Elitebildung. Der Europäische Runde Tisch der Industriellen (ERT), der der EU-Kommission die Politik diktiert, hat es wie folgt formuliert: *„Die Verantwortung für die Ausbildung muss ein für allemal der Industrie unterstellt werden. Bildung sollte als Dienstleister für die Wirtschaft verstanden*

wissen.“

Die internationalen Institutionen der globalen Herrschaft der Konzerne und Banken, IWF, Weltbank, WTO und EU koordinieren diesen Systemwechsel auf internationaler Ebene. Das GATS-Abkommen der WTO aus dem Jahr 2001, die Bologna-Erklärung der EU aus dem Jahr 1999, die Lisbon-Strategie aus dem Jahr 2000 und die Bolkestein-Pläne sind die internationalisierte Strategie zur Privatisierung, Kommerzialisierung und Liberalisierung von Bildung und anderen öffentlichen Dienstleistungen. Vor allem mit der Bologna-Erklärung wurde auf europäischer Ebene ein Systemwechsel in Richtung Elitebildung eingeleitet. Studiengänge sollen auf die direkte Verwertbarkeit ausgerichtet werden.

Europaweit soll das Bachelor- und Master-Studium eingeführt werden. Der Magister erlaubt es, sich das Sammeln von Scheinen einzuteilen. Anders beim Bachelor. Zügig und ohne Wahlfreiheit soll ein bestimmtes Wissen in den Kopf gehämmert werden. Mit verschärfter Selektion, Studiengebühren und der Verschulung des Studiums soll dafür gesorgt werden, dass

„Der Vorschlag neoliberaler Ökonomen, die Studiengebühren über Kredite finanzieren, ist absurd. Hierbei gibt es nur einen Gewinner: die Banken. Das amerikanische Beispiel zeigt, dass die Banken an jedem geliehenen Dollar einen Dollar verdienen.“

Eva-Maria Stange,
Vorsitzende der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft (GEW)

80 Prozent der Studierenden nur das verkürzte Bachelor-Studium und nur 20 Prozent den höherqualifizierenden Master-Abschluss erreichen. Damit verbunden ist der Kahlschlag bei den Geisteswissenschaften. Gesellschaftspolitische Kritikfähigkeit soll aus den Unis verbannt werden. Bildung soll zur Ware werden, die zahlenden SchülerInnen und Studierenden werden schon als „Kunden“ definiert. Dazu passt es dann auch, dass das neue Hochschulrahmengesetz die Universitäten wie einen Privatbetrieb führen will oder in Baden Württemberg nach dem neuen Landesgesetz die Uni-Direktoren wie die Chefs von Aktiengesellschaften in Vorstandsvorsitzende umbenannt und das Leitungsgremium den Titel Aufsichtsrat erhalten soll. Im Rahmen der Föderalismusreform gibt der Bund jegliche Richtlinienkompetenz für Unis und Beamte an die Länder ab. Dadurch soll der Konkurrenzkampf unter den Ländern bzw. Unis geschürt werden. Verlierer dabei sind die Unibesetzten und die Studierenden.

Unsere Forderungen

- **Nein zu GATS, Bolkestein und zur Bologna-Erklärung**
- **Für die Auflösung von IWF, Weltbank, WTO und EU-Kommission**
- **Nein zur EU der Banken und Konzerne**
- **Schuldenstreichung für die armen Länder der Welt**
- **Grenzüberschreitender Kampf gegen die Institutionen der neoliberalen Globalisierung, organisiert von den Gewerkschaften, der Antikriegs- und Antiglobalisierungsbewegung.**
- **Vernetzung von unten.**
- **Für die weltweite Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung und eine weltweite soziale Demokratie.**

Alle gemeinsam gegen Studiengebühren, Arbeitsplatzvernichtung, Lohn- & Sozialabbau

In vielen Städten und Bundesländern und international haben die Studierenden, SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern den Widerstand gegen Bildungskürzungen aufgenommen. Sie lassen sich nicht einfach wegnehmen, was Generationen zuvor erkämpft haben.

Im Herbst 1997 löste die Verlosung von Vorlesungsplätzen an der Uni Gießen eine der größten Studierendenproteste in der Nachkriegszeit aus. Auf dem Höhepunkt der Bewegung wurde an 116 von 300 Unis gestreikt, eine Million Studierende waren an Veranstaltungen und Aktionen beteiligt. Auf den größten Demos damals waren jeweils 50.000 Studierende auf Demonstrationen in Bonn und Düsseldorf. Die Proteste richteten sich dagegen, dass mit einem neuen Hochschulrahmengesetz der Kohl-Regierung die Studienbedingungen verschlechtert werden sollten. Der Druck der Bewegung hatte erreicht, dass SPD und Grüne nach dem Regierungswechsel leichte Verbesserungen beim Bafög und ein gesetzliches Verbot von Studiengebühren vornahm. Als offensichtlich wurde, dass die Schröder-Regierung ihr Wahlversprechen vom Verbot von Studiengebühren nicht entschlossen umsetzt, hat sich im April 1999 das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) gegründet, dem sich bisher 200 Organisationen und Einzelpersonen angeschlossen haben. Im Juni 2000 mobilisierte das ABS über 10.000 Studierende zu bundesweiten Demonstrationen gegen Studiengebühren in Berlin, Köln und Stuttgart.

Im Januar 2005 hat das Bundesverfassungsgesetz das Verbot von Studiengebühren schließlich aufgehoben und den Umgang mit Studiengebühren zur Ländersache erklärt. In Berlin demonstrierten und streikten im Winter 2001/02 Tausende Studierende gegen die Gebührenpläne der SPD-PDS-Regierung. In NRW gab es im Sommer 2002 einen Streik gegen Studiengebühren. Am 12. Juni 2002 gab es eine bundesweite Demonstration von SchülerInnen, Studierenden und LehrerInnen in Berlin. Dem folgten Bildungsproteste in Hamburg. Und im Frühjahr 2003 gab es in Bremen innerhalb von zwei Monaten zwei Demos von 5.000 und 8.000 gegen Bildungskürzungen und Sozialabbau. Am 24. Mai streikten in Sachsen 20.000 LehrerInnen und SchülerInnen. Und in



Hamburg gingen am 16. Juni 10.000 SchülerInnen, Studierende, LehrerInnen, Eltern und Erzieherinnen gemeinsam auf die Straße.

Seit dem Sommersemester 2005 gibt es an den Unis eine neue Protestwelle. In Stuttgart gab es im Mai 2005 einen dreitägigen Streik und eine Demonstration von 8.000 Studierenden am 4. Mai und eine zweite Demo von mehreren Tausend am 23. Juni. In Freiburg besetzten Studierende für 13 Tage das Rektorat. An einer lokalen Demonstration beteiligten sich 5.000 Studierende. Ende Mai wurden an mehreren Unis in Norddeutschland für kurze Zeit die Unipräsiden besetzt. Demonstrationen mit mehreren tausend Teilnehmern gab es in Göttingen, Düsseldorf und Bremen. Auch in kleineren Unistädten gingen Studierende auf die Straße. Auslöser der Protestwelle ist dieses mal die Einführung von Studiengebühren. Mehr denn je fallen die Proteste der Studierenden zusammen mit betrieblichen Kämpfen und Protesten der sozialen Bewegung. Studierende, Uni-Beschäftigte, Büroangestellte, und FabrikarbeiterInnen, erkennen mehr und mehr ihre gemeinsamen Interessen. Die Arbeitszeitverlängerung in den Betrieben verbaut künftigen (Hoch-)Schulabgängern die berufliche Zukunft. Die Studiengebühren müssen am Ende die Eltern bezahlen. Aber weil ihnen immer mehr der Lohn gekürzt wird oder weil sie bereits arbeitslos sind, können sie ihre Kinder nicht mehr an die Uni schicken. Immer mehr Studierende erkennen, dass sie alleine auf sich gestellt die Studiengebühren nicht verhindern können und nur durch die Ausweitung des Widerstands auf Streiks in den Betrieben, die Herrschenden getroffen werden können, wo es ihnen weh tut, am Profit. Wenn es gelingt, diesen gemeinsamen Kampf in Baden Württemberg zu organisieren und ein landesweiter Aufstand organisiert wird, kann die Einführung von Studiengebühren verhindert werden. Die Voraussetzungen dafür sind günstig. Die Beschäftigten der Versicherungen und im Handel haben mit ersten Warnstreiks ihr Kampfkraft gezeigt. Die Daimler-Lehrlinge sind gegen die Vernichtung von Ausbildungsplätzen auf die Straße gegangen. Die Daimler-Beschäftigten sind nicht bereit für eine Abfindung ihren Arbeitsplatz aufzugeben. Die Belegschaft bei Alstom in Mannheim kämpft seit Monaten dagegen, dass der Betrieb dichtgemacht wird und fordert in ihrem Mannheimer Ap-





pell „betriebsübergreifende Gegenwehr“ und eine Koordination des Widerstands. Im Rhein-Neckar-Kreis streiken die Beschäftigten in den Krankenhäusern. Für den 5. Dezember ist ein gemeinsamer eintägiger Streik von Beschäftigten des Landes und der Kommunen gegen Arbeitszeitverlängerung geplant. Es kommt darauf an, diese Proteste zu bündeln und zu steigern. Ein gemeinsamer von allen Einzelgewerkschaften und Studierenden organisierter Streik- und Protesttag am 15. Dezember und eine landesweite Demo in Stuttgart könnte zu einer Demonstration der Macht aus Unis und Betrieben führen, wie ihn Baden Württemberg in der Nachkriegsgeschichte noch nicht erlebt hat. Die SAV setzt sich dafür ein.

CSU/CDU/SPD/GRÜNE für Studiengebühren

SPD und GRÜNE, Parteien die einst für für kostenlose Bildung standen, sind nicht mehr gegen Studiengebühren. In vielen Bundesländern wurden mit aktiver Beteiligung der SPD Studiengebühren für Langzeitstudenten eingeführt. Die baden-württembergische SPD-Vorsitzende und der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Drexler haben sich bereits mehrfach für Studiengebühren ausgesprochen. Aus Angst Wählerstimmen zu verlieren, behauptet die SPD im Landtagswahlkampf sie sei gegen Studiengebühren. Der neue SPD-Bundesvorsitzende Platzeck hat sich bereits in seiner Amtszeit als Regierungschef in Brandenburg für die Einführung von Studiengebühren ausgesprochen. Die einzige Partei, die Studiengebühren und die neoliberale Ausrichtung des Bildungssystems ablehnt ist die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. SAV-Mitglieder sind Teil der WASG.

Wir haben zusammen mit anderen Studierenden angefangen, WASG-Hochschulgruppen aufzubauen und organisieren den Kampf gegen Studiengebühren aktiv mit.

Geld ist genug da, nur in den falschen Händen

Deutschland ist nach einer neuen Studie der Weltbank das fünftreichste Land der Welt. Es hat einen Pro-Kopf-Reichtum (vom kleinsten Baby bis zum Rentner) von 404.447 Euro.

Der gesellschaftliche Reichtum ist in den letzten zehn Jahren (1994 bis 2004) real um mehr als 200 Milliarden Euro (12 Prozent) gestiegen. Die Reallöhne sind in der Zeit um vier Prozent gesunken. Die Bezüge der Manager der Dax-Unternehmen um 167 Prozent gestiegen. Die Nettogewinne der Kapitalgesellschaften haben sich in der Zeit um 90 Prozent erhöht.

Wäre die Verteilung des Volkseinkommens in den letzten zehn Jahren gleich geblieben, müsste das Bafög, die Ausgaben für Bildung und Hochschulen heute real um 12 Prozent höher sein als im Jahr 1994.

Die Einführung einer Vermögenssteuer von ein Prozent auf Vermögen über 500.000 Euro würde 16 Milliarden Euro in die öffentlichen Kassen bringen.

Würden die Gewinnsteuern heute den gleichen Anteil am Steueraufkommen erbringen, wie 1980, dann wären 62 Milliarden Euro mehr in den Staatskassen.

Das obere Zehntel der Bevölkerung verfügt über fast die Hälfte des privaten Vermögens (46,8 Prozent). Die untere Hälfte der Bevölkerung besitzt weniger als vier Prozent (3,8 Prozent)

Die börsennotierten Konzerne haben ihre flüssigen Geldmittel im Jahr 2004 um zehn Milliarden auf 100 Milliarden Euro erhöht.

93 Vermögensmilliardäre in Deutschland haben ein Vermögen von 257,3 Milliarden Euro.



Sozialistische Alternative

Das heutige öffentliche Bildungssystem hat sich die Arbeiterbewegung erkämpft.

In den 60er Jahren machte vor allem die Studierendenbewegung Druck für Verbesserungen. „Bildung für alle“ war das Motto.

Die herrschende Klasse betrachtet die Universitäten als Kadenschmiede für ihre Herrschaftsstrukturen. Es war ein Schock für sie, dass sie von APO und SDS Ende der 60er Jahre mit der Idee von Sozialismus und Revolution ideologisch herausgefordert wurde. Sie reagierte darauf mit Bildungsreformen. Die Systemkonkurrenz mit dem Ostblock und seinem hohen Bildungsniveau war ein weiterer Faktor für Zugeständnisse im Bildungsbereich.

Und nicht zuletzt hatte der Kapitalismus im Aufschwung einen wachsenden Bedarf an Akademikern.

Diese Zeiten sind vorbei.

Das kapitalistische System ist nicht mehr bereit ein hohes Bildungsniveau aufrechtzuerhalten. In Zeiten, in denen die Märkte nicht mehr wachsen, soll sogar der Bildungsbereich zur Kapitalverwertung, sprich Profitmacherei freigegeben werden. Bildung soll verkommerzialisiert und zur Ware degradiert werden. Der Kampf dagegen kann letztlich nur gewonnen werden, wenn er mit dem Kampf für eine Veränderung der Machtverhältnisse verbunden wird. Im Kapitalismus bestimmen die Profitinteressen einer winzigen kleinen Minderheit darüber was und wie produziert wird und was und wie viel wir lernen dürfen.

Eine Wirtschaft mit Gemeineigentum an Produktionsmitteln und einer an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt orientierten Produktionsweise ist die Voraussetzung dafür, dass Bildung von Auslese, Diskriminierung, Konkurrenzkampf, Paukerei und Ängsten befreit wird. Bil-



„Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass die große Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewußter freier Selbstbestimmung lenkt.“

Rosa Luxemburg

dung und Ausbildung orientiert sich in einer sozialistischen Gesellschaft nicht an von oben verordneten Lehrplänen, sondern an den Bedürfnissen der Individuen. Folglich ist auch kein Zwang mehr nötig. Und wenn jeder seinen Interessen nachgehen kann, bleibt die Motivation zum Lernen erhalten. Bildung und Ausbildung beschränkt sich in einer sozialistischen Demokratie nicht nur auf die Kinder- und Jugendjahre. Durch Arbeitszeitverkürzung auf 30, 25, 20 Wochenstunden bleibt Zeit für ständige Weiterbildung und Horizonterweiterung. Man muss nicht ein Leben lang einen Beruf ausüben, sondern kann verschiedene Tätigkeiten machen, einschließlich Organisation und Verwaltung der Gesellschaft. Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit wird aufgehoben. Wenn Forschung und Lehre nicht länger unter Kapitalverwertungsgesichtspunkten sondern unter dem Gesichtspunkt des Fortschritts für Mensch und Umwelt und nicht im Konkurrenzkampf, sondern gemeinsam betrieben werden, wird es sensationelle Ergebnisse geben.

Albert Einstein: „Warum Sozialismus?“

„Das Gewinnmotiv ist in Verbindung mit der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten für Instabilität in der Akkumulation und Verwendung des Kapitals verantwortlich und dies bedeutet zunehmende Depressionen. Unbegrenzte Konkurrenz führt zu einer riesigen Verschwendung von Arbeit und zu dieser Lähmung des sozialen Bewusstseins von Individuen... Diese Lähmung der Einzelnen halte ich für das größte Übel des Kapitalismus. Unser ganzes Bildungssystem leidet darunter. Dem Studenten wird ein übertriebenes Konkurrenzstreben eingetrichtert und er wird dazu ausgebildet, raffgierigen Erfolg als Vorbereitung für seine zukünftige Karriere anzusehen. Ich bin überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst und ihr Gebrauch wird geplant.“

Albert Einstein, 1949, in einem Aufsatz mit dem Titel „Warum Sozialismus?“

Unser Bildungsprogramm

● **Freie Bildung vom Kindergarten bis zur Uni!**

Es dürfen keine Studiengebühren eingeführt werden. Alle bestehenden Gebühren für den Besuch von Kindergärten, Schulen und Hochschulen, alle Zuzahlungen für Lernmittel, Ausflüge, Exkursionen usw. müssen abgeschafft werden. Kurse an Volkshochschulen müssen ebenfalls frei von Gebühren sein.

● **Mehr und besser ausgebildetes Personal an Bildungseinrichtungen!**

Wir haben fünf Millionen Arbeitslose, darunter LehrerInnen, ErzieherInnen, Handwerker usw. Sie werden dringend in den Bildungseinrichtungen für eine bessere Ausbildung, für qualifizierte Betreuung, bzw. für die Instandhaltung der Gebäude gebraucht. Die Gruppenstärken in allen Bildungseinrichtungen müssen verkleinert werden. Die Klassenstärken in den Schulen auf maximal 15 SchülerInnen reduziert werden. In allen Schulen müssen SozialarbeiterInnen eingestellt werden. Die Arbeitszeit der LehrerInnen muss bei vollem Lohnausgleich reduziert werden. LehrerInnen und Dozentinnen müssen eine pädagogische Ausbildung haben. Regelmäßige Fortbildung muss Teil ihrer Arbeitszeit sein.

● **Ausbau von Bildungseinrichtungen!**

Baufirmen gehen pleite weil sie keine Aufträge haben. Bauarbeiter werden arbeitslos. Gleichzeitig fehlt es an allen Bildungseinrichtungen an Räumen und Gebäuden. Die bestehenden Gebäude sind in einem katastrophalen baulichen Zustand. Wir brauchen ausreichend und atmosphärisch ansprechende Räumlichkeiten.

● **Für ein elternunabhängiges Bafög!**

Mit 18 sind wir volljährig, aber in der Ausbildung immer noch abhängig von unseren Eltern. Das muss sich ändern. Wir brauchen ein elternunabhängiges, darlehensfreies Schüler- und Studierenden-BaFöG von 800 Euro und kostenlose Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs. Reiche Eltern müssen über höhere Steuern an der Finanzierung von Bildung herangezogen werden.

● **Selbstbestimmtes lernen statt Büffeln für Zensuren!**

Jeder Mensch wird dort am meisten für die Gesellschaft bringen und sich selber am wohlsten dabei fühlen, wenn er sich entsprechend seiner Fähigkeiten und Neigungen ohne Druck entwickeln kann. Deshalb muss in Schule und Hochschule selbstbestimmtes Lernen möglich sein. Lerninhalte und Lehrmethoden müssen nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen vollständig umorientiert werden und gehören unter Kontrolle von SchülerInnen, Studierenden, LehrerInnen, DozentInnen. Nicht Auslese darf das Ziel von Schule und Uni sein, sondern individuelle Förderung des Einzelnen entsprechend seiner Fähigkeiten und Neigungen. Das dreigliedrige Schulsystem muss abgeschafft werden. Das achtjährige Abi muss rückgängig gemacht werden. Der Samstag muss schul- und arbeitsfrei bleiben. Wir brauchen eine integrierte Gesamtschule als Ganztageseinrichtung mit ausreichend LehrerInnen, Sozial-, FreizeitpädagogInnen und ErzieherInnen. An allen Schulen muss es qualitativ gutes Mittagessen geben, zubereitet von professionellen und tariflich bezahlten KöchInnen und Küchenpersonal. Noten und Prüfungen müssen abgeschafft werden weil sie nur der Selektion dienen und nicht der Entwicklung von Fähigkeiten und Talenten. ImmigrantInnen, Kinder aus



sozial benachteiligten Familien und Kinder mit Lern-, oder sonstigen Schwierigkeiten müssen zusätzliche Unterstützung erhalten.

● **Mehr Ausbildungsplätze!**

Wir brauchen mehr qualifizierte Ausbildungsplätze. Unternehmer, die nicht mindestens zehn Prozent soviel Ausbildungsplätze anbieten, wie sie Beschäftigte haben, müssen 20.000 Euro pro nicht eingerichteten Ausbildungsplatz bezahlen. Mit diesem Geld müssen dann Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen werden. Alle Auszubildende müssen nach der Ausbildung einen garantierten Arbeitsplatz in ihrem erlernten Beruf bekommen.

● **Nein zur Privatisierung und Kommerzialisierung!**

Bildung darf keine Ware sein. Bildungseinrichtungen dürfen nicht privatisiert werden. Schluss mit dem Einfluss der Unternehmer auf Forschung und Lehre durch Drittmittelvergabe. Kein Sponsoring und keine kommerzielle Werbung an Schulen und Hochschulen.

● **Für Demokratie an Schulen und Hochschulen!**

Die hierarchischen Strukturen an den Schulen und Unis müssen abgeschafft werden. An allen Bildungseinrichtungen müssen Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen bzw. Studierende und DozentInnen ein Leitungsgremium aus ihrer Mitte wählen, das jederzeit abgewählt werden kann. Zusätzlich müssen sich LehrerInnen und SchülerInnen/ Studis in eigenen Interessenvertretungsorganen einschließlich des politischen Mandats und Streikrechts organisieren können. An den Schulen und Hochschulen vertretene politische Gruppen – außer Nazis und Rechtsradikale – müssen kostenlos Räume für Treffen erhalten und ihr Material verteilen können.

● **30-Stunden-Woche für alle statt Arbeitslosigkeit für Millionen!**

Wenn mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr produziert werden kann, muss die Arbeitszeit auf alle verteilt werden. Statt unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit, brauchen wir die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und einen Mindestlohn von brutto 2.000 Euro bzw. einen Bruttostundenlohn von 12 Euro.

● **Schluss mit der Profitwirtschaft!**

Solange Ausbeutung, Profit und Konkurrenz die Wirtschaft bestimmen, wird die gesamte Gesellschaft dem untergeordnet. Wir wollen eine Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt orientiert. Die Macht des Kapitals muss deshalb gebrochen werden. Konzerne und Banken müssen in Gemeineigentum überführt und demokratisch kontrolliert und verwaltet werden.



Mach mit bei der SAV

Immer mehr Jugendliche, Arbeitslose und Lohnabhängige haben den Klassenkampf von oben satt und setzen sich zur Wehr. SAV-Mitglieder stehen dabei mit in der ersten Reihe. Ob in Schulen, Unis, in Betrieben und Stadtteilen, ob im Kampf gegen Neonazis überall ergreifen SAV-Mitglieder Initiative für Gegenwehr.

Seit Mitte der 90er Jahre tritt die SAV für den Aufbau einer neuen Linkspartei ein, das heißt einer Partei von Aktivisten aus den Bewegungen gegen Sozialabbau und Globalisierung, der Antifa-Bewegung, von Aktivisten aus Schulen, Unis, Betrieben und Gewerkschaften. Die Gründung der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit – WASG“ betrachten wir als einen Ansatz in diese Richtung. SAV-Mitglieder waren von Anfang an dabei und kämpfen darin für eine kämpferische, demokratische und sozialistische Ausrichtung.

Die SAV setzt sich dafür ein, dass die Gewerkschaften endlich die Wut und Kampfbereitschaft umsetzen in Massenstreiks, politische Streiks und Generalstreiks wie in Frankreich, Italien, Griechenland. Gewerkschaften müssen zu dem gemacht werden, wofür sie gegründet wurden, zu Kampforganisationen der arbeitenden Menschen. Dazu ist ein radikaler Kurswechsel, der Bruch mit der SPD und eine neue politische und personelle Führung notwendig. Um dies durchzusetzen, beteiligt sich die SAV am Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition.



Der Kapitalismus herrscht weltweit. Deshalb muss er international bekämpft und abgeschafft werden. Die SAV ist Mitglied im Komitee für eine Arbeiterinternationale (CWI – Committee for a Workers International). Der Standortlogik und dem internationalen Konkurrenzkampf setzen wir die grenzüberschreitende Solidarität gegenüber. Unser gemeinsames Programm ist die Schlussfolgerung aus den internationalen historischen Erfahrungen der Arbeiterklasse. Unser gemeinsames Ziel ist die weltweite Abschaffung des Kapitalismus und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien. Das CWI hat Parteien und Gruppen in über 35 Ländern auf allen Kontinenten.

Regelmäßige Treffen der SAV Stuttgart:

Donnerstag, 19.30 Uhr, in den Räumen der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Ost, Ostendstr. 83 (Nähe Haltestelle Ostendplatz, Stadtbahnlinie U4 und Buslinie 42)

Infos & Kontakt: Tinette Schnatterer, Tel. 0711/6019090 oder 0178/6620289